

"Arme Ritter" in Der Spiegel (5. November 1958)

Quelle: Der Spiegel. 05.11.1958. Hamburg. "Arme Ritter", p. 58.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/arme_ritter_in_der_spiegel_5_november_1958-de-696eadd1-2fed-4b38-bb58-6dffbcccc812.html

Publication date: 05/11/2015



Arme Ritter

Als der britische Minister Reginald Maudling am vergangenen Donnerstag in Paris den Abendexpress bestieg, um in Calais die 10-Uhr-Fähre nach England zu erreichen, hatten seine Bemühungen um die Verwirklichung einer europäischen Freihandelszone den tiefsten Punkt seit seiner Ernennung zum Europa-Minister erreicht. Entgegen Maudlings Hoffnung, der unter seinem Vorsitz in Paris tagende Ausschuß des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) werde sich abschließend über das Inkrafttreten der Zone am 1. Januar 1959 einigen, endete das achttägige Palaver der 17 OEEC-Delegationen mit einem kaum verschleierten Fiasko.

Zu der Hoffnung auf einen guten Abschluß der Besprechungen hatten der britische Minister und andere Beobachter sich berechtigt gefühlt, nachdem zuvor der Ministerrat der sechs Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nach monatelangen Verhandlungen endlich eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Projekt der Freihandelszone abgegeben hatte. Am 8. Oktober war diese gemeinsame Erklärung, die Reginald Maudling schon seit Mai dieses Jahres erwartet hatte, in Brüssel veröffentlicht worden.

Daß es sich bei dem Brüsseler Kommunique der Sechs nur um eine recht pauschale Kundgebung handelte, bemerkte Englands Abgesandter schon am ersten Pariser Verhandlungstag, am Donnerstag der vorletzten Woche. Im Pariser Château de la Muette, wo Maudling die Experten der 17 Staaten im großen Rittersaal zusammenrief, hatten sich nach kurzer Zeit alle Anwesenden an dem Problem der sogenannten Ursprungszeugnisse festgebissen.

Solche Zertifikate werden deshalb unumgänglich sein, weil mit der bereits existierenden Wirtschaftsgemeinschaft der sechs und der angestrebten Freihandelszone der siebzehn Staaten Europas zwei unterschiedliche Integrations-Systeme aufeinandergepfropft werden sollen. Gemeinsam ist beiden, daß im Warenverkehr der Staaten untereinander entweder keine oder schrittweise abzubauen, auf jeden Fall aber gleiche Zollsätze gelten. Dritten Ländern gegenüber jedoch besteht ein Unterschied: Während die sechs Partner der EWG-Organisation solchen dritten, also hauptsächlich außereuropäischen Ländern gegenüber Zollsätze von einheitlicher Höhe haben, dürfen die elf hinzutretenden Nationen dritten Ländern gegenüber beliebig hohe oder niedrige Zölle festsetzen.

Ein Kenner der Schokoladenindustrie machte die Auswirkungen dieser Zweigleisigkeit im Rittersaal des Pariser Schlosses an einem Beispiel deutlich. Kakao-Lieferungen aus dem afrikanischen Staate Ghana werden bei ihrer Einfuhr in einen der sechs EWG-Staaten mit dem gemeinsamen Zollsatz von neun Prozent des Kakaopreises belastet. Wenn nun Großbritannien über die Freihandelszone mit der Wirtschaftsgemeinschaft verbunden wird, ergibt sich eine schwierige Lage. England nämlich führt Ghana-Kakao zollfrei ein. Britische Schokolade, die zu 80 Prozent Kakaoteile enthält, kann dadurch mit einem Kostenvorsprung von sieben Prozent produziert und entsprechend billiger auf dem Kontinent verkauft werden.

Dem Ausschußvorsitzenden Maudling war dieses Problem keineswegs neu. Er hatte seit langem darauf hingewiesen, daß für die Freihandelszone Zertifikate ausgearbeitet werden müßten, die als Warenbegleitscheine Auskunft über das Ursprungsland der Ware geben sollten. Dann könnten Kostenvorteile nach der Art des Ghana-Kakaos durch eine Ausgleichszahlung bereinigt werden.

Er war entsetzt, als die Ausschußmitglieder, die seit Monaten über Art und Umfang der Zertifikate debattiert hatten, bei ihrem Schlußgespräch keine einheitliche Meinung vortragen konnten. Der Vorsitzende machte kein Hehl daraus, daß es ihm unverständlich sei, warum nach fast zweijähriger Diskussion und nachdem er die besten technischen Unterlagen aus seinem Land herbeigeschafft habe, dieses Problem noch nicht geregelt sei.

Maudling versuchte es mit einer Gewaltkur. Er appellierte an die Delegierten, die Verhandlungen nicht an technischen Fragen scheitern zu lassen, und schlug vor, so lange im Schloß Muette zu tagen, bis eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt worden sei. Das war nun allerdings nicht nach dem Geschmack der

17 Delegationen. Die meisten Experten fuhren über das Wochenende in ihre Hauptstädte zurück.

Am folgenden Montag jedoch sah die Situation keineswegs besser aus. Inzwischen hatte vielmehr der Verband der französischen Arbeitgeber CNPF eine offizielle Verlautbarung zum Thema Freihandelszone veröffentlicht, die das Verhandlungsklima in Maudlings Schloß sehr ungesund machte. Frankreichs Arbeitgeber nämlich stellten in dem Memorandum erneut die Gewissensfrage, warum Großbritannien nicht den jedem europäischen Staat freigestellten Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vollziehe.

Vor allem attackierte die CNPF Englands Zoll-Autonomie, die es offenbar um keinen Preis aufzugeben bereit sei und die wahrscheinlich als Waffe gegen die Industrie des Kontinents verwendet werde:

„Praktisch könnten die britischen Behörden die Zölle je nach den Bedürfnissen ihrer Handelspolitik willkürlich verändern oder abschaffen und so die Industrien der übrigen Länder in Schwierigkeiten bringen.“

Zum erstenmal unterstellte mit dem Memorandum ein industrieller Spitzenverband Frankreichs in aller Öffentlichkeit, Großbritannien habe nur deshalb die Initiative zur Schaffung der Freihandelszone ergriffen, weil es zunächst nicht an das Funktionieren der EWG geglaubt habe. Nachdem aber der EWG-Vertrag gültig sei und am 1. Januar 1959 innerhalb der sechs Staaten die ersten Zollsenkungen fällig würden, schwane den Briten Unheil für ihre eigenen Exporte nach dem Kontinent. Nun legten sie es darauf an, mit dem verwirrenden Projekt ihrer Freihandelszone die EWG zu torpedieren.

Offenbar durch die Erklärung des Arbeitgeberverbandes bestärkt, meldete sich schließlich im Rittersaal der französische Delegierte Olivier Wormser nachdrücklich zu Wort. Er bezeichnete es als unsinnig, wenn sich die 17 Herren weiterhin über technische Details, wie Warenerzeugnisse und Ausgleichstaxen, die Köpfe zerbrächen, ohne daß man gleichzeitig an die erforderliche Konsolidierung der Zölle im Gebiet der Freihandelszone denke. Was unter einer solchen Konsolidierung zu verstehen sei, erläuterte Wormser dahin, daß Großbritannien, wenn es seine Zölle gegenüber dritten Ländern schon nicht dem gemeinsamen Tarif der Sechs angleichen wolle, doch wenigstens auf eigenmächtiges Herauf- und Heruntersetzen der Zölle verzichten sollte.

Wormser lamentierte, anderenfalls bestehe für die Länder der EWG immer die Gefahr, daß einer der elf neuen Partnerstaaten plötzlich seinen Zoll gegenüber einem dritten Land senke oder ganz abschaffe, sich dadurch billige Rohstoffe und Halbfabrikate verschaffe und mit diesen Waren zu Dumpingpreisen den Markt in Europa an sich reiße. Bei den bisherigen Beratungen sei gegen derartige Taktiken keine wirksame Abwehr gefunden worden.

Die Attacke traf den Kern der britischen Handelsprobleme. Denn das Recht, gegenüber außereuropäischen Ländern die Zölle nach nationalwirtschaftlichen Erwägungen festzusetzen, ist Voraussetzung für jeglichen Warenaustausch Englands mit seinem Commonwealth. Europa-Minister Maudling, der sich ohnehin wegen des britischen Systems der Präferenzzölle im britischen Wirtschafts-Weltreich ständigen Angriffen ausgesetzt sieht, wertete Wormsers neue Einwände erregt als einen Sabotageakt in letzter Minute.

Nach der wiederum erfolglosen Sitzung am Dienstag bestand die Gefahr, daß die 17 Delegationen in offener Fehde auseinandergehen würden. Unter den Vertretern der kleineren Länder und bei der deutschen Vertretung der OEEC verstärkte sich deshalb die Kritik an Bundeswirtschaftsminister Erhard, der sich vor Monaten im Glänze der Vermittlerrolle zwischen Frankreich und England gesonnt, dann aber den Dingen ihren Lauf gelassen hatte.

In Erinnerung an die deutsche Vermittlerposition griff man nun auf den deutschen Delegationsführer, Professor Müller-Armack, zurück. Bei einem Essen der sechs EWG-Delegationen mit dem französischen Außenminister wurde Erhards Vertreter beauftragt, am Mittwoch Maudling gegenüber die grundsätzliche Kompromißbereitschaft zu erklären.

An einem wenigstens pro forma gütlichen Auseinandergang war allen nicht-französischen Delegierten um so mehr gelegen, als Minister Maudling im Sommer schon einmal mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Auf

dem Jahrestag der deutschen chemischen Industrie in Baden-Baden hatte er überdies vor kurzem drohend konstatiert, sowohl die OEEC als auch die Europäische Zahlungsunion — die beiden Institutionen, auf deren Arbeit seit Kriegsende die Wiedergesundung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs basiert — könnten unmöglich fortbestehen, wenn das Projekt der Freihandelszone nicht schnell verwirklicht werde.

Was der Deutsche Müller-Armack dem Briten am Mittwoch vortrug und was Maudling nach vergeblichen Verhandlungen am Donnerstagabend schließlich als Fazit der Pariser Verhandlungswoche hinnehmen mußte, war im Grunde nur die höfliche Versicherung, daß das Gespräch nicht völlig abgerissen sei.

Nach einer Pause soll nun getrennt im Maudling-Ausschuß des Europäischen Wirtschaftsrates zu Paris und von den Brüsseler Experten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter über die Einzelheiten des Zusammenkoppelns von EWG und Freihandelszone beraten werden. Auf jeden Fall, so versicherte Müller-Armack namens der sechs EWG-Delegationen, wolle man in Verbindung bleiben.

Da allerdings diese Besprechungen sektorenweise über die Behandlung praktisch jeder einzelnen Warengattung in der Freihandelszone durchgeführt werden, und da die Ergebnisse von Brüssel und Paris wiederum aufeinander abgestimmt werden müssen, ist nicht damit zu rechnen, daß die Probleme bis zum 1. Januar 1959 geklärt werden. Laut EWG-Vertrag aber treten an diesem Tage unter den sechs Partnerstaaten die ersten Zollsenkungen in Kraft. Sie werden zwangsläufig das Feuer der Gegensätze zwischen ihnen und den elf übrigen Staaten der OEEC erneut anfachen.